

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Wochenblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, spätere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeitung 60 Pf., für auswärtige Auftragsgeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingelant die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrlapper, Bad Schandau.

Verkehr Nr. 22 Gemeindeverbands- Girokonto Bad Schandau 36.

Postfachkonto Leipzig Nr. 34918 :—: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 173

Bad Schandau, Dienstag, den 27. Juli 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Eine Verordnung der Reichsregierung verbietet jeglichen Verkauf von Waffen und Munition an Polen und Rußland sowie auch jede Durchfuhr dorthin.
- * Die Zwangsbewirtschaftung von Margarine und Kunstseifen hört vom 1. August ab auf.
- * In Marburg wurde eine für Polen bestimmte Waffenladung, auf dem Bahnhof angehalten.
- * Der rheinische Agitator Dr. Dorten wurde in Wiesbaden verhaftet, nach einer Meldung wieder freigelassen, nach einer anderen aber dem Reichsgericht in Leipzig anvertraut.
- * Infolge der belgischen Gewaltmaßregeln in Eupen-Malmédy stimmten dort 33726 Einwohner für Belgien und nur 278 für Deutschland.
- * Neuerdings heißt es, daß die Wiedergutmachungskonferenz in Genf erst Anfang September zusammentreten soll.
- * Nach einem Moskauer Funkpruch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstandes angenommen.
- * Nach einem drahtlosen Telegramm aus Moskau beginnen die russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen am 30. Juli abends.
- * Ein ungarisches Angebot von Waffenhilfe gegen Sowjetrußland wurde von England abgelehnt.
- * Die Unterzeichnung des türkischen Friedensvertrages wird noch in dieser Woche in Paris erfolgen.

Zwischen Wirtschaftsrat und Reichstag

Ein parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns: Es ist ein Experiment, das gemacht wird, zum ersten Male gemacht wird: die Teilung der öffentlichen Debatte über ein internationales Abkommen von der Bedeutung desjenigen von Spa in einen wirtschaftlichen und einen politischen Teil und die Zuweisung des einen Stoffgebietes an den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, des anderen an den Reichstag. Wobei Beschränkungen eigentlich nur dem Reichswirtschaftsrat auferlegt sind, der bei seinen Erörterungen am Freitag und Sonnabend sich auch wirklich von allen politischen Fragen auf das gewissenhafteste ferngehalten hat. Während der Reichstag nicht verhindert werden kann, neben der politischen auch die wirtschaftliche Tragweite des Abkommens von Spa ganz nach Gefallen zu diskutieren, aber vielleicht findet das Beispiel der Enthaltensart, das die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates ihm gegeben haben, beim Reichstag eine gute Statt, und man wird sich hier weniger mit dem Kohlenabkommen als mit dem Entwaffnungsprotokoll von Spa beschäftigen. Hier bleibt wohl in der Tat noch manches zu sagen übrig, auch für die Regierung. Hier muß aber auch mit dem Aufgebot größerer politischer Leidenschaftlichkeit gerechnet werden, als bei der Kohlenfrage, und hier wird Herr Fehrenbach sich schon wieder etwas mehr für die Gesamthaltung unserer Delegation einsetzen müssen, als er es bisher in der Öffentlichkeit getan hat. Danach wird der Reichstag abermals die Vertrauensfrage sich zu überlegen haben; das Provisorium, für das man der neuen Regierung, als sie sich den Volksvertretern nach ihrem Amtsantritt vorstellte, freie Bahn gewährt hatte, ist abgelaufen. Nun werden auch diejenigen, die damals in unentschiedener Haltung beigetreten, sich für ein klares Ja oder Nein entscheiden müssen. Wir möchten glauben, daß der Ausgang dieser Verhandlungen nicht zweifelhaft sein kann.

Alle Welt ist einig in der Überzeugung, daß der Reichswirtschaftsrat die erste Probe auf seine Existenzberechtigung vorzüglich bestanden hat, und das will schon etwas sagen bei einer Frage, die die Gemüter im ganzen Reich so sehr bis aufs Tiefste erschüttert hat. Es sind wohl alle, die dem deutschen Volke bei dieser Gelegenheit etwas zu sagen hatten, auch wirklich zu Wort gekommen, und niemand hinderte sie daran, von dieser Tribüne aus, sich alles herunterzureden, was sie auf dem Herzen hatten. So haben Männer der Praxis wie Stinnes und Hilger, wie Zimbsch und Ludolf, ebenso ihren Standpunkt vertreten, wie Männer der Wissenschaft und der Verwaltung, der Produktion wie des Konsums. Und es hat sich zum Schluß das nur allzu selten erlebte Schauspiel ergeben, daß von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sich nahezu Einmütigkeit herausstellte in dem Bekenntnis zur Mitarbeit auf den von der Regierung betretenen Bahnen. Niemand gefiel sich darin, Schuldfragen aufzuwerfen und durch ihre Erörterung Bank und Streik zu entfesseln. Alle Redner hielten den Blick auf die praktischen Notwendigkeiten der Lage gerichtet, und alle suchten ihr Bestes darin zu tun, um die ungeheuren Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, nach Möglichkeit zu mildern.

So sollte es verständigerweise auch beim Parlament des allgemeinen Wahlrechtes sein. Aber hier gibt es Parteien, im Reichswirtschaftsrat gibt es Gruppen; jene scheinen keinen Augenblick den Kampf um die Macht aus den Augen verlieren zu können, während diese immer daran denken und denken müssen, daß keine Gruppe für sich allein im Stande wäre, den komplizierten Wirtschaftsapparat des Deutschen Volkes aufrecht zu erhalten, geschweige denn zu verbessern und zu vervollkommen. Wir sind uns alle so ziemlich darin einig, daß unsere gesammelte Kraft vorerst der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft gelten muß, wir haben uns aber

noch nicht zu der Erkenntnis durchringen können, daß unter diesen Umständen die politischen Kämpfe am besten so lange zurückgestellt werden, bis unsere Wirtschaft wieder einigermaßen auf festen und gesunden Füßen steht. Gewiß, alle Verständigen bekennen sich, wenn man unter vier oder sechs oder acht Augen mit ihnen spricht, zu dieser Einsichtswahrheit. Wenn sie aber vor der Öffentlichkeit hinstreten, so ziehen sie es vor, bedächtig den Kopf hin und her zu wenden oder an der entfesselten Leidenschaft des Gegners auch ihrerseits dem Temperament die Zügel schießen zu lassen. Die Politik verdirbt den Charakter, hat man früher gesagt; sie läuft jetzt Gefahr auch die Wirtschaft zu verderben oder das, was von ihr noch übrig geblieben ist. Zimmerlin, es ist ein Fortschritt, daß wir neben dem Reichstag einen Reichswirtschaftsrat haben, in dem die ernstesten Lebensfragen unseres Volkes auch mit der gebührenden Ernsthaftigkeit behandelt werden. Ist er jedesmal auf dem Posten, wenn es darauf ankommt, dem Reichstage mit gutem Beispiel voranzugehen, so wird eine dauernde Einwirkung auf den öffentlichen Geist in Deutschland nicht ausbleiben. Uns allen wäre in etwas wenigstens damit geholfen, wenn dieses Experiment nicht vergebens gemacht würde.

Bergarbeiter und Kohlenabkommen.

Steigerung der Förderung.

In einer in Bochum abgeschalteten, von 256 Schachtanlagen des Ruhrgebiets beschickten Ruhrbergarbeiter-Konferenz berichtete der Abgeordnete und Kohlenfachverständige Hue über die Konferenz in Spa. Er betonte, daß er mit Stinnes nur in den wirtschaftlichen Fragen einer Meinung gewesen sei. Die Regierung sei gezwungen gewesen, das Kohlenabkommen zu unterzeichnen, um das Reich nicht zerstückeln zu lassen, außerdem hätten außenpolitische Gründe dabei mitgesprochen.

Die Durchführung des Kohlenabkommens sei nahezu unmöglich. Die Vergleute würden sich auch von der Entente nicht um die Siebenstundenschicht bringen lassen. Eine Besetzung des Ruhrgebiets würde für ganz Europa die schwerwiegendsten Folgen haben. Hue sowohl wie alle übrigen Redner forderten die schleunige Sozialisierung des Bergbaues.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung billigte die Versammlung das Verhalten der Bergarbeitervertreter in Spa. Die Entschließung protestiert gegen eine Besetzung des Ruhrgebiets und gegen eine Verklauung der Vergleute und erklärt, daß die Vergleute sich dagegen zur Wehr setzen würden. Die Bergarbeiter seien freiwillig bereit, die Kohlenförderung so zu steigern, daß die von der Entente geforderten Kohlenmengen und außerdem der Kohlenbedarf Deutschlands und die laut Verträgen an Holland, die Schweiz usw. zu liefernden Kohlenmengen geliefert werden könnten. Voraussetzung sei eine bessere Ernährung der Vergleute. Solange diese nicht erfolgt, sei eine Mehrförderung beim besten Willen nicht möglich. Schließlich wurden betriebstechnische Verbesserungen der Bergwerke, des Transportwesens und des Wohnungswesens und die ungesäumte Sozialisierung verlangt.

Ein Antrag der Radikalen auf Einstellung der Überfahrten und Lohnerhöhung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Vom Reichswirtschaftsministerium wählte ein Vertreter den Verhandlungen bei. Er appellierte an die Bergarbeiter, das Vaterland vor der Zerstückelung zu bewahren. Dann wurde noch ein Antrag angenommen, denjenigen Landesstellen die Kohlenzufuhr zu sperren, in denen sich Sonderdüngeleien durchziehen sollten.

Polnisch-russische Verhandlungen.

Vor dem Waffenstillstand.

Die russische Sowjetregierung hat die polnische Bitte um Waffenstillstand angenommen und folgendes Antworttelegramm nach Warschau gerichtet:

„Die Sowjetregierung Rußlands gibt der russischen Obersten Seeresleitung den Befehl, mit den militärischen Kommandanten Polens sofort Verhandlungen einzugehen, die zu einem Waffenstillstand, der den endgültigen Frieden zwischen den beiden Ländern vorbereitet, führen können. Die russische Regierung wird die polnische Regierung über Ort und Zeit des Beginns dieser Verhandlungen zwischen den Militärkommandos der beiden Parteien unterrichten.“

Damit ist nun aber der Waffenstillstand noch keineswegs eine Tatsache, mit der gerechnet werden kann, denn nach dem ganzen bisherigen kategorischen Ton Moskaus dürfte man den geschlagenen Polen Bedingungen vorschreiben, die diesen reichlich unbedeuten sein werden. So verlangt bekanntlich Rußland unter allen Umständen eine unmittelbare Grenze mit Deutschland, eine Forderung, die natürlich bereits bei den Waffenstillstandsbedingungen eine Rolle spielen dürfte.

Deutsches Ausfuhrverbot von Kriegsbedarf.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung

hat mit dem Erlaß dieses Verbots von einer ihr nach anerkanntem Völkerrecht zustehenden und durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages unberührt gebliebenen Befugnis Gebrauch gemacht. Dadurch ist jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei von der andern durch Zuführen von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Ungehaltener Waffentransport.

In Marburg an der Lahn traf aus Siegen kommend, ein polnischer Transportzug ein. Im Zuge befanden sich fremde Offiziere mit Frau und Kind, sowie einige Wagen Gewehre und Munition. Auf dem Marburger Bahnhof fand sich auf die Kunde von dem Eintreffen des Zuges eine große Menschenmenge ein, die gegen den Weitertransport protestierte. Einige Wagen wurden aufgerissen und die darin befindlichen Gewehre herausgeholt und zer schlagen. Der Zug verbleibt bis zum Eintreffen einer Nachricht von der Reichsregierung, die eine sofortige Untersuchung eingeleitet hat, auf einer Station in der Nähe von Marburg.

Die rote Brücke der sozialen Revolution!

Genf. Nach einem Funktelegramm aus Moskau erklärte Trotzki auf dem Kongreß der russischen Eisenbahner, Polen werde aufhören, ein Pufferstaat zu sein, der Rußland entgegengesetzt sei. Es werde die rote Brücke der sozialen Revolution werden. Deshalb steigere Europa fieberhaft die Unterstützung Polens. Deshalb müsse auch Rußland seine Anstrengungen verdoppeln, um die Entente vor die Tatsache zu stellen, daß das Allrußentum vernichtet sei.

Deutsche Truppen zum Schutze unserer Ostgrenze?

Königsberg. Voraussichtlich wird die interalliierte Kommission nunmehr den deutschen Truppen in der Gegend von Rastenburg die Erlaubnis geben, in das Abstimmungsgebiet einzumarschieren, da die dort befindlichen Entente-truppen zu schwach sind. In Ostpreußen ist bis jetzt alles ruhig. In erster Linie ist die Gefahr eines Uebertritts russischer oder polnischer Truppen über die Grenze im Gebiet von Lyck gegeben, wo die Russen etwa 80 Kilometer von der Grenze stehen.

Judenverfolgungen in Polen.

Wien, 27. Juli. Warschauer Abendblätter melden unerhörte Verfolgungen der organisierten jüdischen Arbeiterschaft. Führende Genossen und fast alle Vorstandsmitglieder der sozialistischen Organisationen werden in allen Städten verhaftet, z. T. schwer mißhandelt und in Ketten geschlagen. Die meisten jüdischen Arbeiterinstitutionen, sogar Kinderheime, Arbeiterküchen und Schulen, alle gewerkschaftlichen und politischen Vereine und Lokale werden geschlossen. Zahlreiche Genossen sind nach Polen geschleppt und interniert worden.

Das republikanische Irland.

Bekanntnisse eines irischen Staatsmannes.

Einem französischen Journalisten gegenüber hat der in den letzten Tagen mehrfach genannte irische Politiker Griffith die überraschende Mitteilung gemacht, daß Irland sich als eigener Staat mit einem Ministerium und Parlament, mit Gerichten und Heer konstituiert habe, und daß er selbst Vizepräsident dieser irischen Republik und zugleich ihr Minister des Innern sei. Die Republik umfasse die grüne Insel mit Ausnahme von Ulster.

Das irische Parlament habe bereits getagt, die Verfassung angenommen, das Ministerium mit den Fachabteilungen für Inneres, Ackerbau, Arbeit, Handel, Auswärtiges, Finanzen, nationale Verteidigung und Selbstverwaltung eingesetzt, den Präsidenten — es sei der in Amerika für die irische Sache tätige de Valera — und den Vizepräsidenten, eben Griffith gewählt. Sogar auswärtige Beziehungen habe die neue Republik bereits aufgenommen und sei durch Botschafter oder Konsuln in Frankreich, Italien, Argentinien, den Vereinigten Staaten und der Schweiz vertreten. Vor Jahreschluß denke sie in den wichtigsten Ländern solche Vertreter zu haben. Zurzeit nehme sie in Amerika eine Anleihe auf, nachdem sie in Irland selbst in einer die Erwartungen übersteigenden Höhe von 800 000 Pfund gezeichnet worden sei. Die Armee, ein Freiwilligenheer, zähle bereits 200 000 Mann.

Das politische Programm des neuen Staates umschrieb Griffith in den vielagenden Sätzen: „Wir sind de jure und de facto die Regierung von Irland. Wir kennen kein England, es gibt hier auch keine britische Regierung, sondern nur eine englische Okkupationsarmee. Wir sind im gleichen Falle wie Belgien unter der deutschen Okkupation, nur mit dem Unterschiede, daß der irischen Regierung wirksamere Aktionsmittel zur Verfügung stehen als seinerzeit der belgischen. Wir wollen die materiellen Hilfsquellen unseres Landes haben und danach trachten, daß uns die anderen Nationen als unabhängige Republik anerkennen.“

Griffith nahm für die Tätigkeit de Valeras in Amerika, mit anderen Worten für die irische Republik das Verdienst